

Antragsbereich E / Antrag E4

**AntragstellerInnen:** Bezirk Unterfranken

**Empfänger:** Bundesparteitag  
Landesparteitag

**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in der Version der Antragskommission

**E4: Aufstehen gegen Internierungslager in China**

Vor dem Hintergrund der Errichtung von Internierungslagern in der chinesischen Provinz Xinjiang fordern die  
5 Jusos Aschaffenburg die Adressaten dazu auf folgenden Antrag an den Bundesparteitag zu überweisen:

10 Wir fordern den Bundesvorstand dazu auf im Auswärtigen Amt für die Prüfung von Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen und Unter-  
15 nehmen einzutreten, die

1. An der Bereitstellung von Technologie für den Aufbau und Betrieb von Internierungslagern in Xinjiang  
20 beteiligt sind

2. An politischen und bürokratischen Entscheidungen zur Errichtung und zum Betrieb dieser Lager beteiligt sind  
25

Wir fordern den Bundesvorstand dazu auf im Auswärtigen Amt für die Prüfung von Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen und Unternehmen einzutreten, die

An der Bereitstellung von Technologie für den Aufbau und Betrieb von Internierungslagern in Xinjiang beteiligt sind

An politischen und bürokratischen Entscheidungen zur Errichtung und zum Betrieb dieser Lager beteiligt sind

In den Lagern in leitender Funktion tätig sind

Es ist zu überprüfen, inwiefern Folgendes in Kraft gesetzt werden kann

1. Ein Verbot der Einreise

3. In den Lagern in leitender Funktion tätig sind  
Es ist zu überprüfen, inwiefern Folgendes in Kraft gesetzt werden kann

1. Ein Verbot der Einreise nach Deutschland und der Durchreise aller sanktionierten natürlichen Personen

2. Das Einfrieren aller Vermögenswerte der sanktionierten natürlichen und juristischen Personen in Deutschland  
Weiterhin ist zu prüfen ob

1. Die Zahlung von Geldern für Entwicklungshilfe an China seitens der Bundesrepublik beendet werden kann

2. Ein Verbot der Ausfuhr von Überwachungstechnologie an China die genutzt werden kann um politische Gegner und Mitglieder ethnischer Minderheiten ausfindig zu machen

3. Der Schutz von ehemaligen politischen Häftlingen aus Diktaturen und Kriegsgebieten, hier am Beispiel der Volksrepublik China, verbessert werden kann

Die chinesische Regierung hat

nach Deutschland und der Durchreise aller sanktionierten natürlichen Personen

2. Das Einfrieren aller Vermögenswerte der sanktionierten natürlichen und juristischen Personen in Deutschland

Weiterhin ist zu prüfen ob

1. Die Zahlung von Geldern für Entwicklungshilfe an China seitens der Bundesrepublik beendet werden kann

2. Ein Verbot der Ausfuhr von Überwachungstechnologie an China die genutzt werden kann um politische Gegner und Mitglieder ethnischer Minderheiten ausfindig zu machen

3. Der Schutz von ehemaligen politischen Häftlingen aus Diktaturen und Kriegsgebieten, hier am Beispiel der Volksrepublik China, verbessert werden kann

Die chinesische Regierung hat in der Provinz Xinjiang 1200 Lager mit über einer Million Insassen errichtet, in denen

60 in der Provinz Xinjiang 1200  
Lager mit über einer Million  
Insassen errichtet, in denen  
sie die ethnische Minderheit  
muslimischer Chinesen, die  
65 Uiguren interniert. Inhaftierte  
berichten von Vergewaltigung  
und Folter, sogar grundlegende  
menschliche Bedürfnisse wie  
Gänge auf die Toilette sind  
70 beschränkt.

Auch deutsche Unternehmen  
sind an der Überwachung  
der Uiguren, die zu deren  
75 Inhaftierung in Lager führt,  
beteiligt. Siemens unterhält  
beispielsweise eine Techno-  
logiepartnerschaft mit dem  
verantwortlichen chinesischen  
80 Militärunternehmen und die  
KfW finanziert den Bau einer  
U-Bahn in der Provinzhaupt-  
stadt deren Ticketsystem Teil  
der Massenüberwachung ist.

85 Die deutsche Geschichte lehrt  
uns, dass die Internierung von  
Menschen auf Grund ihrer  
ethnischen Zugehörigkeit und  
90 ihrer Religionszugehörigkeit  
in streng bewachten Lagern  
einen beispiellosen Akt der  
Barbarei darstellt, der durch

sie die ethnische Minderheit  
muslimischer Chinesen, die  
Uiguren interniert. Inhaftierte  
berichten von Vergewaltigung  
und Folter, sogar grundlegende  
menschliche Bedürfnisse wie  
Gänge auf die Toilette sind  
beschränkt.

Auch deutsche Unternehmen  
sind an der Überwachung  
der Uiguren, die zu deren  
Inhaftierung in Lager führt,  
beteiligt. Siemens unterhält  
beispielsweise eine Techno-  
logiepartnerschaft mit dem  
verantwortlichen chinesischen  
Militärunternehmen und die  
KfW finanziert den Bau einer  
U-Bahn in der Provinzhaupt-  
stadt deren Ticketsystem Teil  
der Massenüberwachung ist.

Die deutsche Geschichte lehrt  
uns, dass die Internierung von  
Menschen auf Grund ihrer  
ethnischen Zugehörigkeit und  
ihrer Religionszugehörigkeit  
in streng bewachten Lagern  
einen beispiellosen Akt der  
Barbarei darstellt, der durch  
entschlossenes Handeln der  
Staatengemeinschaft sofort zu  
beenden ist.

entschlossenes Handeln der  
95 Staatengemeinschaft sofort zu  
beenden ist.

Der Gedanke, dass deutsche  
Unternehmen Technologie und  
100 Gelder für dieses Lager- und  
Überwachungssystem bereit-  
stellen ist unerträglich. Das  
die verantwortlichen Beamten  
und Parteifunktionäre nach  
105 Belieben in Deutschland reisen  
dürfen und freien Zugriff auf  
ihr sich in Deutschland be-  
findliches Vermögen haben ist  
vollkommen unverständlich.

110 Die Bundesregierung muss  
deshalb durch den Einsatz von  
individuellen Sanktionen ihre  
Möglichkeiten der Einfluss-  
115 nahme nutzen und somit der  
historischen Verantwortung  
Deutschlands gerecht werden.

Der Gedanke, dass deutsche  
Unternehmen Technologie und  
Gelder für dieses Lager- und  
Überwachungssystem bereit-  
stellen ist unerträglich. Das  
die verantwortlichen Beamten  
und Parteifunktionäre nach  
Belieben in Deutschland reisen  
dürfen und freien Zugriff auf  
ihr sich in Deutschland be-  
findliches Vermögen haben ist  
vollkommen unverständlich.

Die Bundesregierung muss  
deshalb durch den Einsatz von  
individuellen Sanktionen ihre  
Möglichkeiten der Einfluss-  
nahme nutzen und somit der  
historischen Verantwortung  
Deutschlands gerecht werden.